

Sächsisches Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 6000 Mark. Einzelne Nummern 250 Mark.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsteile 700 Mark, die 64 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtl. Teile 1400 Mark, unter Eingefand 2000 Mark. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatskassen und der Landesfiskusrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 141

Mittwoch, 20. Juni

1923

Deutschlands große Not.

Die Forderungen der Sozialdemokraten.

Berlin, 20. Juni.

Der heutige „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt:

Es besteht vollständig keine Aussicht, daß eine Lösung der Reparationsfrage und damit eine Regelung des Ruhrkonflikts unmittelbar erfolgt. Selbst wenn die französisch-belgische Antwort auf die englischen Forderungen schon in den allerersten Tagen überreicht werden sollte, sind wie der Lösung vielleicht etwas näher, aber das schwierige Problem ist noch keineswegs beseitigt. Das deutsche Volk wird also noch viel Schmerz zu ertragen haben. Es wird deshalb darauf ankommen, zu prüfen, mit welchen Mitteln dem fortgesetzten steigenden Elend Einhalt geboten werden kann. Große Hoffnungen sind in dieser Hinsicht auf die gegenwärtige Regierung nicht zu setzen. Unter ihrer Führung ist die Stützungsaktion täglich zusammengebrochen, sind die Voraussetzungen zum endgültigen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft geschaffen worden.

In der richtigen Erkenntnis, daß den notleidenden Schichten des Volkes schnell geholfen werden muß, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich entschlossen, erneut die Inflation zu ergreifen und an die Regierung mit Forderungen heranzutreten, welche die Gewähr dafür bieten, daß wenigstens die größte Not gebannt, die endgültige Katastrophe abgewendet werden kann. In der heutigen Sitzung des Reichstages, die sich mit der kommenden Brotversorgung befaßt, kann die Regierung die Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kennen lernen, gleichzeitig aber bemerken, daß wie entschlossen sind, diese Forderungen durchzusetzen. Vor allem verlangt die Fraktion, daß zunächst eine offizielle Erklärung der Regierung über die unbedingt notwendige Anpassung der Löhne und Gehälter an die Preisentwicklung veröffentlicht wird. Aber mit einem öffentlichen Hinweis allein ist dem Volke nicht geholfen. Die Regierung muß zunächst selbst ihre Beamten und Angestellten entsprechend der Geldentwertung entschuldigen und ihren ganzen Einfluß in gleichem Sinne auch auf die Privatwirtschaft geltend machen. Ihre Schlichtungsorgane sind gleichfalls sofort entsprechend anzupassen.

Diesen ersten Maßnahmen hat dann der Uebergang zu den wertbeständigen Löhnen zu folgen. Es ist anzuerkennen, daß die Regierung wenigstens jetzt bereit ist, dem Verlangen der Gewerkschaften in dieser Hinsicht zu folgen und daß man an amtlicher Stelle den Wunsch hat, schon im Laufe der nächsten Woche zu einer endgültigen Regelung dieser für die Arbeiterschaft so wichtigen Frage zu schreiten. Außerdem aber verlangen wir Geldrechnung auf dem Staat- und Steueregebiet, also Wertbeständigkeit der Steuern. Stundungen und Kredite dürfen vom Reich und den Reichsbehörden nur noch auf Goldbasis und gegen Goldzins gewährt werden. Insbesondere sind die Kreditkredite nicht mehr in Papier, sondern nur noch wertbeständig zu gewähren. Durch die sinnlose Gewährung von Kreditkrediten hat die Regierung sich selbst an dem Zusammenbruch der Stützungsaktion schuldig gemacht; sie verschuldet ohne Zweifel damit einen Teil des Gläubigers, das die arbeitenden Klassen heute auszulösen haben. Neben der Wertbeständigkeit der Kredite verlangen wir eine Einschränkung der bisherigen Kreditwirtschaft.

Die gegenwärtige Regierung hat, unter dem Vorwand der vorübergehend gestörten Stabilisierung der Mark, die Ausfuhrabgabe abgebaut und so auf einen wesentlichen Teil der Reichseinnahmen verzichtet. Seit Wochen dürfte man auch in der Reichstagsfrage von dem endgültigen Zusammenbruch der Stützungsaktion überzeugt sein, aber an eine Wiederherstellung der Ausfuhrabgabe und eine Durchführung der Freiliste auf den alten Stand sowie die beschlossene Kontrolle denken die Herrschaften nicht. Wir verlangen deshalb, daß zunächst die Ausfuhrabgabe wieder hergestellt wird und alle früher mit ihr verbundenen Maßnahmen wieder eingeführt werden.

Mit den vorsehend geforderten Schritten hat die sofortige Beseitigung der „gesetzlichen Steuerdefraudation“ auf schnellstem Wege zu erfolgen. Nur so wird es möglich sein, die ungedeckte Notenausgabe einzuschränken und die wichtigste Quelle der Inflation zu verstopfen. Verwirklichung der Zwangsanleihe, Verwirklichung der Vermögensanleihe, Verwirklichung der Vermögenssteuer, sowie eine gründliche Reform der Vermögensanleihe bei der Vermögenssteuer sind notwendig. In Verbindung mit diesen Maßnahmen hat eine aktive und energische Politik der Reichsbank zu erfolgen, die uns jedoch unumgänglich scheint, solange Herr Hakenstein noch den Vorsitz innerhalb der Reichsbank führt. Er ist der Mann, der sich nicht nur gegen die von uns bereits im vorigen Jahre geforderte Stützungsaktion gewandt hat, sondern auch ein eifriger Bekämpfer der Devisenkontrolle und der strengen Kontrolle des Devisenhandels zur Ausschaltung der Spekulation ist.

Seiner Energielosigkeit ist es zum Teil zuzuschreiben, wenn die Stützungsaktion zusammengebrochen ist, deren Neuaufgabe uns unbedingt notwendig scheint. Diese Neuaufgabe der Stützungsaktion kann nicht durch einen Mann erfolgen, der nie mit dem Herzen bei der Stützungsaktion war und sich fortgesetzt gegen eine strenge Kontrolle des Devisenhandels gewandt hat. Fort mit Hakenstein, ist in Anbetracht dessen eine Forderung, von der der Erfolg der Stützungsaktion abhängt. Wird der von uns in kurzen Angriffen aufgesetzte Weg, der wertlos in Einzelheiten noch der Ergänzung bedarf, von der Regierung bestritten, dann besteht die Möglichkeit, den Markkurs zu hemmen. Vorbedingung ist natürlich, daß alle angegebenen Mittel zu gleicher Zeit in Anwendung gebracht werden. Die innere und äußere Lage des Reiches und die Not des Volkes erfordern das!

Russischen Zuständen entgegen.

Das Hinausschnellen der Preise.

Berlin, 20. Juni.

Infolge des neuen Marktkurses hat sich das Niveau der Großhandelspreise nach den Berechnungen des statistischen Reichsamtes vom 12. Juni gegen das Vorkriegsniveau am 5. Juni auf das 17496fache oder um 41,2 Proz. am 15. Juni gehoben.

Gewaltige Erhöhung der Eisenbahntarife.

Berlin, 20. Juni.

Der Reichseisenbahner hat am Dienstag vormittag beschloffen, vom 1. Juli ab die Fahrpreise auf den Reichsbahnen in der dritten und vierten Klasse um 200 Proz., in der ersten und zweiten Klasse um 300 Proz. zu erhöhen. Die Militärtarife werden um 250 Proz. erhöht werden.

Schwache Gegenmaßnahmen.

Berlin, 19. Juni.

Beim Reichstager fanden gestern und heute eingehende Besprechungen mit maßgebenden Vertretern der Banken statt. Gegenstand der Beratungen waren die Maßnahmen, durch die dem Sinken der Mark Einhalt geboten werden soll. Die Besprechungen ergaben die volle Abereinigung aller Beteiligten, daß der gegenwärtige Markkurs unter das wirtschaftlich und politisch berechnete Maß herabgedrückt ist. Nach dem bisherigen Verlauf ist zu erwarten, daß die Besprechungen allmählich zu einem günstigen Abschluß gebracht werden können. (?)

Wertbeständige Arbeits-einkommen?

Berlin, 20. Juni.

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften verhandeln am Dienstag mit dem Reichsarbeitsminister über die Einführung wertbeständiger Löhne bez. Gehälter, die bekanntlich in erster Linie von den freien Gewerkschaften gefordert wird. Die Besprechung ergab, daß sich die Ansichten des Reichsarbeitsministers und die Vorschläge der Gewerkschaften teilweise in gleicher Richtung bewegen, aber entscheidende Punkte jedoch noch Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die maßgebenden Zustände des Reichsarbeitsministeriums erwarten schon im Laufe der nächsten Woche eine endgültige Entscheidung der Frage, die sich im allgemeinen an die Vorschläge der Gewerkschaften hält. Schwierigkeiten können nur von dem Reichsfinanzministerium zu erwarten sein.

Die gescheiterte Markstützungsaktion.

Bernennung Wassermann und Defers.

Berlin, 20. Juni.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages für die Markstützungsaktion vernahm am Dienstag den Direktor Wassermann von der Deutschen Bank und den Redakteur Defers von der „Frankfurter Zeitung“. Zum erstenmal wurde, auf Antrag der Sozialdemokratie, von dem Recht der Vereidigung Gebrauch gemacht. Direktor Wassermann gab zu, daß bei den von der Reichsbank gewährten Krediten zweifellos auch Finanzwechsel untergekauft seien. Er sei jedoch sehr schwer, hinter eine solche Täuschung zu kommen.

Sodann fragte Dr. Herp, ob dem Zeugen bekannt sei, daß ein großes Berliner Unternehmen Anfang Juni eine sehr große Menge von Pflichtbedissen an die Reichsbank abgeliefert, die anschließend bis dahin zurückgehalten waren. Nach anfänglichem Zögern gibt der Zeuge zu, daß ihm ein solcher Fall bekannt ist, doch kann er Einzelheiten nicht mitteilen. Sodann fragte Dr. Herp, ob es richtig sei, daß der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes seine Mitglieder aufgefordert habe, bei der Verantwortung der Anfrage der Devisenprüfungsstellen gewisse Zurückhaltung zu üben und die Verantwortung zunächst zu verweigern. Direktor Wassermann bestritt, daß ihm dieses Rundschreiben bekannt sei. — Darauf wird das Verlangen der Banken gegen das Auditsverfahren der Devisenbeschaffungsstelle so schwerwiegender Art sein, daß keiner Bank zugemutet werden kann, diese Aufforderung zu befolgen. Der Zeuge Wassermann stellt sodann noch fest, daß nach seiner Überzeugung, der tatsächliche Devisenbedarf der deutschen Wirtschaft während der ganzen Zeit der Stützungsaktion höchstens fünf Prozent des von der Reichsbank abgegebenen Betrages dargestellt habe.

Als zweiter Zeuge wird der Redakteur Defers von der „Frankf. Ztg.“ vernommen. Die „Frankf. Ztg.“ hatte bekanntlich behauptet, daß die Firma Linnas in den kritischen Tagen vor dem 18. April 100 000 Pfund nachdrücklich außer ihren sonstigen Anforderungen an die Reichsbank und die sonstigen Banken zu kaufen gesucht habe. Die „Deutsche Wache“ hatte diese Angaben damals als Lüge bezeichnet. Defers hielt demgegenüber seine Behauptung in vollem Umfang anrecht und erklärte, daß weniger die Tatsache des Kaufes an sich, als vielmehr die besonderen Umstände dieses Kaufes ihn zu dem Eindrud veranlaßt hätten, daß hier sachlich nicht gerechtfertigte Käufe vorgenommen wurden. Es ist zweifellos, daß die Stimmung des Marktes durch solche Vorgänge verschlechtert würde. Der Name Linnas bedeute für viele den Karz zur Markstützung.

Anpassung der Renten an die Geldentwertung.

Berlin, 19. Juni.

Die katastrophale Geldentwertung und die am 4. Juni eingetretene Wertpreiserhöhung hat die Reichsregierung veranlaßt, dem Reichstagsausschuß für Sozialpolitik eine Verordnung über Erhöhung der Renten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung vorzulegen. Die Verordnung vom 27. März 1923 hatte die Höchstbeträge für Rentempfänger für Orte im unbesetzten Gebiet auf 430 000 Mark, für Orte im besetzten Gebiet, Einbruchgebiet und in den ihnen gleichgestellten Bezirken auf 600 000 Mark, für Witwen- oder Waisenrenten auf 432 000 Mark, für Waisenrenten auf 240 000 Mark, für 300 000 Mark festgesetzt. — Die Regierungsvorlage sah eine Verdoppelung dieser Sätze mit Wirkung vom 1. Juni vor. Der Ausschuß fand diese Sätze völlig unzureichend und beschloß, für Mai die Sätze zu verdoppeln, sie also von 430 000 Mark auf 860 000 Mark, von 432 000 Mark auf 864 000 Mark, von 240 000 Mark auf 480 000 Mark zu erhöhen. Mit Wirkung vom 1. d. M. ist die bisherige Unterstützung verdreifacht und, nach den Umständen, im Höchstbetrage so zu messen, daß das Gesamtjahreseinkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Waisenrente den Betrag von 1 440 000 Mark, einer Witwen- oder Waisenrente den Betrag von 1 296 000 Mark, einer Waisenrente den Betrag von 720 000 Mark erreicht.

Entsprechende Unterstellungen sind an Empfänger von Ruhegeld oder Hinterbliebenenrente aus der Angestelltenversicherung zu gewähren, an Witwen jedoch nur, wenn sie Invaliden im Sinne der Invalidenversicherung (§ 1258 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung) sind.

Hat der Empfänger Kinder unter 15 Jahren, die nicht auf Grund der Reichsversicherungsordnung, des Versicherungsgesetzes für Angestellte oder des Reichsversorgungsgesetzes oder anderer Militärversorgungsgesetze eine Rente beziehen, so erhöht sich die für das Gesamtjahreseinkommen anzurechnende Grenze um 300 000 Mark für jedes Kind. Eiterlose Enkel unter 15 Jahren, deren Unterhalt der Empfänger der Renten ganz oder überwiegend bestritt, werden den Kindern unter 15 Jahren gleichgestellt; dies gilt auch für erwerbsfähige unterhaltberechtigte Ehegatten im Hausstande von Rentenempfängern.

Bei Berechnung des Gesamtjahreseinkommens wird nur die als Steuerungsgrundlage gewählte Rentenerhöhung angerechnet. Das Arbeitseinkommen der Empfänger von Renten oder Ruhegeld bleibt dagegen bis zum Jahreseinkommen von 1 440 000 Mark außer Anschlag.

Bis zum Betrage von 432 000 Mark sind auf das Gesamtjahreseinkommen nicht anzurechnen: Bezüge auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes oder anderer Militärversorgungsgesetze, aus der knappschaftlichen Versicherung, aus öffentlichen oder privaten Versicherungsunternehmen, aus privaten Unterstützungsanstaltungen, sowie aus Sparkontakten. Die Bezüge der Hinterbliebenen sind hierbei zusammenzurechnen. Einkommen aus Unterstützung durch Angehörige ist auf das Gesamtjahreseinkommen infoweit nicht anzurechnen, als es über die gesetzliche Unterhaltspflicht oder über vortraglich übernommene Verpflichtungen hinausgeht.

Für Orte des besetzten Gebietes, des Einbruchgebietes und für die ihnen gleichgestellten Bezirke werden die genannten Sätze um 25 v. H. erhöht.

Die sozialdemokratische Fraktion, die für viel höhere Unterstützungssätze eingetreten war, konnte nur erreichen, daß für Mai die doppelte Unterstützung gewährt wird und für Juni eine Verdreifachung der Renten erfolgt. Mit besonderem Nachdruck sollte die Sozialdemokratie sich für die Ehegatten- und Waisenrenten ein und erreichen, daß diese ab 1. Juni um das Fünffache erhöht werden.

Die mit Wirkung vom 1. Juni in Kraft getretenen Unterhaltungsgebühren können nicht lange gelten. In kürzester Zeit muß eine weitere, den tatsächlichen Verhältnissen gerecht werdende Erhöhung erfolgen. Die Sozialdemokratie wird ihre ganze Kraft einsetzen, um die der Verweisung nahen Volksteile vor dem Schlimmsten, vor dem Hungersterben, zu bewahren.

Severing über den Fall Schlageter.
Senfationelle Enthüllungen im preussischen Landtage.

Berlin, 20. Juni.
In der gestrigen Sitzung des preussischen Landtags hielt der Minister des Inneren Severing eine Rede, in der er, nachdem er über die Witzschollage des Ruhrgebietes Aufschluß gegeben hatte, auch den Fall Schlageter gestiftete.

Severing wies dabei allemalig nach, daß zwar unter schwierigsten Umständen ein Abgemerkter einen Streik gegen Schlageter erlassen habe. Dieser Streik habe aber verfrümmelte Namen enthalten, so daß daraus niemand auf den Namen Schlageter hätte schließen können. Die Verhaftung Schlageters sei auch nicht auf Grund dieses Streikes erfolgt, Vertreter Schlageters seien vielmehr die

Rohbachleute Schneider und Goeß.

Der Minister verlas das amtliche Protokoll über die Vernehmung der erwähnten Hochschulen. Sie hätten zwar noch nicht eingestanden, daß sie Schlageter direkt zur Anzeig gebracht hätten, sie hätten aber zugegeben, daß sie für die Franzosen in Essen Spionage getrieben und dafür 700 000 M. erhalten hätten. Der vernehmende Polizeikommissar bemerkt in dem Protokoll, daß diese Angaben nach anderen Ermittlungen unzuverlässig und die Vernehmungsumstände erheblich größer gewesen sind. Der Minister stellt dann fest, die preussische Polizei habe Schlageter nicht verraten. Sie habe vielmehr die Vertreter Schlageters, Schneider, der bestimmt war, mich anzubringen. Er hat dann seinen Auftraggebern berichtet, meine Ermordung sei unmöglich, da ich zu gut von der Polizei geschützt sei. (Große anhaltende Bewegung im ganzen Hause.) Gewiß sind das Lumpen! Aber Sie (zu den Deutschnationalen) schämen diese Lumpen. Ihre Presse hat dieses Schandbild bei jeder Gelegenheit gegen mich in Schutz genommen. Unter Rührung des Deutschnationalen und großer Erregung im ganzen Hause fährt der Minister fort und erwähnt, als einen deutschnationalen Parteigänger, der ebenfalls Landesverrat im Ruhrgebiet verübt habe, einen gewissen Hansen, der im Dienste der französischen Spionage stand, gleichzeitig aber die Ermordung eines französischen Soldaten zu inszenieren versuchte und ebenfalls wegen Landesverrats festgenommen wurde.

Zum Schluß teilte der Minister mit: Die Schleiße des Kranges, den der Regierungspräsident für Schlageter niedergelegt hatte und die in den Reichsfarben gehalten war, ist von dem Krang entfernt und dem Regierungspräsidenten zugesandt worden mit der Bemerkung:

darin, das christliche Volk zum Durchhalten im Gehorsam gegen die rechtmäßige Obrigkeit unter Hingabe von Gut und Blut vier Jahre in einem solchen Kriege zu ermuntern? ... Wann hat man etwas gehört von einem bischöflichen Protektor gegen die Lügen des verruchten Kriegspresseorgans, gegen die Nachpöbel der kaiserlichen Regierung und ihrer Hintermänner bis zum Schluß des Krieges, gegen die Methoden der deutschen Kriegführung? Was ist, daß es während des Krieges auch diesen hohen Stellen schwer möglich war, der Wahrheit auf die Spur zu kommen; nach seiner Wendung bestand kein Hindernis mehr. Aber auch an diesen hohen Stellen, wie in den katholischen Zeitungen herrscht die heute ägyptische Finsternis in Fragen der Kriegführung und dergl. Sie sind im Banne der Propaganda gegen die Kriegslüge. Wenn die Vertreter einer internationalen Institution kein Licht anstünden, was kann man dann von den Nationalen erwarten? Die Furcht vor revolutionären Bewegungen, die doch gerade durch solche Stellung zu Staat und Krieg zum unabwehrbaren Verhängnis werden, die die die gegen die christlichen Forderungen, die chronische Angst der deutschen Katholiken vor dem Vorwurf unationaler Gesinnung, das und manches andere läßt keinen Wahrheitsworts aufkommen. Die Bischöfe besaßen in ihrem Auftrag die Folgerung des deutschen Volkswillens. Aber diesen Rückenglauben mögen die Geldbesitzer mitteilig gemacht haben. Wie begründen es, wenn die Bischöfe ihre Hirtenorgane auf das Gebiet der Politik, auf die Beziehungen des Volkes untereinander ausdehnen. Wie verlangen aber, daß sie ihre Urteile fällen nach sorgfältiger Prüfung und ohne Ansehen der Person, Regierung und Nation. Wie verlangen tatsächlichen Wahrheitsworts. Des wahrheitsliebenden Katholiken findet zu seinem nicht geringen Schaden ernsthaften Wahrheits- und Friedenswillen bei uns

Annahme verzweigt, zur Verarmung beim Wegrücken der jüdischen Republik. Unterstützt: Der Versuch, welche Gestaltung spricht aus diesen Zeilen! Wir haben jetzt Wichtiges zu tun, als um Farben zu streiten. Jedenfalls sollten die Farben des heutigen Staates von allen gleich geachtet werden. Es handelt sich aber nicht um die Farben, sondern es handelt sich um das Wohl der deutschen Bürger. Ich fordere alle auf, die guten Willens sind, zur Bewahrung dieses Vieles zusammenzutreten. Die Rede wurde in der Mitte und mit lebhaftem Beifall, bei den Deutschnationalen mit hohem, großer Lust und lebhaften Zurufen aufgenommen.

Überfeld, 19. Juni.

Heute veröffentlicht der hiesige Polizeipräsident eine Verächtigung zu der Meldung der „Vergleichs-Märkischen Zeitung“ über die Festnahme von Heinz Hansen und die damit in Verbindung gedachte Verächtigung Schlageters, die zu der beispiellosen Höhe gegen den preussischen Innenminister in der gesamten reaktionären Presse geführt hat. Auch der angegriffene Polizeipräsident stellt allemalig fest, daß die Behauptungen des deutschnationalen Blattes unrichtig sind. Nach der Darstellung geht weiter hervor, daß das Unternehmen, das in der Nacht zum 12. Mai von einem Trupp unter Führung Heinz Hansen nach dem Ruhrgebiet bei Eberfeld durchgeführt werden sollte, nach der Aussage sämtlicher Teilnehmer mit der Verächtigung Schlageters gar nichts zu tun hatte. Hansen ist selbst schuldig in seiner ersten Vernehmung den Tatsachen genau so, wie die übrigen Beteiligten. Erst kurz vor seiner Verächtigung vor dem Richter machte er vor dem Kriminalkommissar die Bemerkung, daß das Unternehmen seiner Nacht eine Verächtigung für einen in Düsseldorf durchführenden Handreich zur Befreiung Schlageters gewesen sei.

Alle anderen Personen wußten von einem solchen Plane gar nichts, jedoch es gar keinem Zweifel unterliegen kann, daß Hansen sich lediglich eine Ausrede gesucht hat. Auch die übrigen Behauptungen der reaktionären Presse von einem schändlichen Hinfuhr Schlageters an Heinz Hansen werden als un wahr bezeichnet. Außerdem stellt die Verächtigung fest, daß am 12. Mai abends auf dem Bahnhöf in Schwerte der von der Polizei weitertransportierte Vertreter Schneider, der Schlageter betanlich an die Franzosen verraten hat, zwei Schutzpolizeibeamten gegenüber erklärte, daß Heinz die Bribe zu dem Blausäure-Attentat gegen Scheidemann geliefert hat. Unwahr ist auch die Behauptung von dem durch den preussischen Innenminister entsandten Kriminalbeamten. Der Minister des Inneren war damals mit der Sache überhaupt noch nicht befaßt. Es lag lediglich ein telegraphisches Schreiben des Polizeipräsidenten Berlin vor, Hansen zur Verächtigung zu halten, falls eine richterliche Verächtigung nicht erfolgen werde, und diesem Schreiben hätte das Eberfelder Polizeipräsident unter allen Umständen nachgeben müssen, wenn es sich um eine Verächtigung in einer anderen Strafsache handelte. Die Verächtigung des Eberfelder Polizeipräsidenten schließt damit, daß sie die sämtlichen Angaben der reaktionären Blätter als in jeder Hinsicht anzuerkennend bezeichnet, jedoch die Unhaltbarkeit der gegen den preussischen Innenminister und gegen die Beamten der Eberfelder Polizei gerichteten Angriffe erweisen ist.

Reichstag.

Berlin, 19. Juni.
Der Reichstag erledigte am Dienstag in zweiter und dritter Beratung den Gesetzentwurf, der das Verdrängungs-, das Kolonial-, das Auslandsbüchergesetz und die Entschädigungsbildung des Geldwertverfalls anpaßt. Dann wurde die zweite Beratung der Novelle zum Landessteuergesetz zu Ende geführt. Das Gesetz wurde im wesentlichen nach dem Ausschußbeschlüssen angenommen.

Für die Sozialdemokratische Fraktion vertrat Abg. Fehle vergeblich, die bürgerlichen Parteien noch einmal von dem Unrecht der Doppelbesteuerung für Genossenschaften abzubringen. Aber nicht ein einziger bürgerlicher Abgeordneter, auch keiner der Genossenschaftler, stimmte für den Antrag, der die eingelaufenen Waren der Genossenschaft innerhalb des Bezieherverkaufs in der Genossenschaft von der Umsatzsteuer befreit wissen will.

Abg. Soltmann-Frauten (Soz.) bekämpfte den § 22b des Gesetzes, der auch privaten Schulen und Bildungsanstalten sowie Wohlfahrtsanstalten Zuschüsse aus dem Auskommen der Reichssteuererträge gewährt. Der Paragraph wurde, gegen die Stimmen der Linken, angenommen. Die Deutschnationalen hatten sogar beantragt, daß das Reich den Religionsgesellschaften Zuschüsse auf die Kirchensteuer gewähren solle. Dieser Antrag wurde, nachdem er vom Reichsfinanzminister bekämpft worden war, gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Eine Frage des Abg. Soltmann, was die Erhebung der Kirchensteuer das Reich koste, und welche Summen bei den Zuschüssen an den privaten Wohlfahrts- und Unterrichtsanstalten in Frage kommen, wurde von der Reichsregierung nicht beantwortet. Die Sozialdemokratische Fraktion widersprach der sofortigen Vornahme der dritten Beratung des Landessteuergesetzes, das nun erst am Mittwoch in dritter Lesung verabschiedet werden wird. Die Verlängerung des Beschlusses-Sperregesetzes wurde angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch.

Der Haushaltsschluß

nahm heute eine Entscheidung an, die zunächst die Gültigkeit des bisherigen Beschlusses-Sperregesetzes bis zum 1. April 1924 verlängert. Die Regierung legte dem von ihr vorgelegten Entwurf, bez. die 2. Änderung des Beschlusses-Sperregesetzes, zur. Angenommen wurde eine Entscheidung des Zentrums und der Sozialdemokraten, in der die Reichsregierung ersucht wird, auf die Landesregierungen das einzuwirken, daß diese die Durchführung des Beschlusses-Sperregesetzes gegenüber den Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften mit Nachdruck betreiben und nötigenfalls von Reich wegen Ausführungsbestimmungen zum Beschlussesgesetz zu erlassen. Ferner wurde eine Entscheidung angenommen, die die Reichsregierung ersucht, dafür zu sorgen, daß erforderlich werdende Verhandlungen der Erbordnung der Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften vom Reichsminister der Finanzen mit möglicher Beschleunigung erfolgen und die sich anschließenden Strafverfahren möglichst schnell durchgeführt werden.

Verletzung der Danzig-Polnischen Konvention.

Danzig, 20. Juni.
Der polnische Generalkommissar in Danzig hat an den Senatspräsidenten ein Schreiben gerichtet, worin er den Senat davon benachrichtigt, daß angeht des Verbots der Beschäftigung von 16 polnischen Staatsangehörigen der freien Stadt Danzig seitens der Danziger Behörden, was die polnische

Regierung als gleichbedeutend mit der Ausweisung ansetzt, die Ausweisung von 16 Danziger Staatsangehörigen aus dem Gebiete des polnischen Staates angeordnet worden ist. Hierauf hat der Senatspräsident unter dem 18. d. M. an die diplomatische Vertretung der Republik Polen ein Schreiben gerichtet, worin der Senat gegen diese Maßnahme nachdrücklich Verwahrung eingelegt und sagt, daß diese abgehen von der ersten Schädigung der davon Betroffenen eine Verletzung der Danzig-Polnischen Konvention vom 9. November 1920 darstelle, wozu sowohl Polen wie auch Danzig sich in gleicher Weise verpflichtet, bei Meinungsverschiedenheiten die Entscheidung des Oberkommissars des Völkerbundes anzurufen. Das Schreiben weist nach, daß von der Danziger Verwaltung die Bestimmungen mit äußerster Mühe gehandhabt werden. Der Senat wolle jedoch weitergehen und erkläre sich bereit, die auf weiteres die Beschäftigung polnischer Staatsangehöriger in Danzig ohne Prüfung des Einzelnen zu gestatten. Bei dieser Erklärung geht jedoch der Senat von der bestimmten Voraussetzung aus, daß die Regierung der Republik Polen die angeordnete Ausweisung der 16 Danziger Staatsangehörigen mit größter Beschleunigung rückgängig machen werde.

Unzufriedenheit der Schweiz mit dem Völkerbund.

Bern, 19. Juni.
Im Nationalrat brachte gelegentlich der Aussprache über den Geschäftsbericht für 1922 der schweizerischen Delegation Abg. Müller aus Luzern die Rede auf die Tätigkeit der schweizerischen Delegation im Völkerbund und führte dabei u. a. aus: Ich erinnere an die Zustände im Ruhrgebiet, wo Arterte gesprochen werden, die an vergangene Zeiten der Barbarei erinnern. Heute scheint das Reichsgebiet eingeschlossen zu sein. Bis jetzt ist der Völkerbund nicht gegen die Gewaltthaten eines seiner Mitglieder vorgegangen. Man darf nicht einmal davon sprechen. Das hat in unserem Volke bitteren Kamm gewirkt. Wie in Norwegen, wird auch in der Schweiz eine Bewegung für den Austritt aus dem Völkerbund kommen, wenn er weiterhin die Probleme, die schwebend nach seinem Eingreifen verbleiben, unberührt läßt. Wir wollen im Völkerbund tun, was wir können, erwirkt sich aber unsere Arbeit als un nütz, so wollen wir lieber austreten.

Wieder Stillstand in Lausanne.

Lausanne, 19. Juni.
Trotz aller Dementis des Generalsekretariats und der Abwesenheit des in Paris weilenden Ministers Benjolo erkläre sich das Gerücht, daß die griechische Delegation erneut Schritte bei der Konferenz zur Beschleunigung des Friedensschlusses unternahm. In der Pariser Presse wird die französische Delegation scharf kritisiert, da sie es zugelassen habe, daß die Regelung der beiden für Frankreich wichtigsten Fragen, wie der türkischen Schuld und der Konzei-

Zum Kampf um die Wahrheit.

Wahrheitlich ist die Wahrheit nicht unter jeder Oberfläche in der Welt. Die Wahrheit ist die nachstehende Größe, die schon un bewußten dementsprechend erscheinen, weil durch ein starker Williger Gehalt hervorruft, und weil sie die Freiheit der Menschheit mit den höchsten Wertungen des menschlichen Geistes verbindet. Es ist gewiß, daß der menschliche Geist mit seinem Apell zur Wahrheit in seinen Kreisen der Welt nicht bloßes Wort, sondern seine Worte Bedeutung und Bestimmung.

Die Bischöfe der Diözesen Köln, Trier und Münster haben sich gegen die Kriegführung mit einem Aufruf an die Welt gewandt. Darin steht folgender Satz: Der ungeliebte Krieg hat für unser Volk, das ihn nicht verschuldet und nicht gewollt, das ihn vielmehr wie ein unabwehrbares Verhängnis unter Hingabe von Gut und Blut im Gehorsam gegen seine rechtmäßige Obrigkeit vier Jahre hindurch getragen hat, unglück lich gemacht.

Was unser Volk hat den Krieg nicht verschuldet und nicht gewollt. Das ist eine falsche Verallgemeinerung. Unser Volk ist eine zusammengesetzte Größe. Daß gewisse Kreise, die den größten Einfluß auf unser Politik hatten, den Krieg gewollt haben, ist geschichtliche Tatsache. Auch der schändliche, ja mehr als schändliche Kriegswille der deutschen Regierung steht fest.

saß ausschließlich nur in Kreisen, die dem Christentum oder der Kirche fernstehen. Dort sind die Vertreter des Weltkrieges, die Welt und die Wahrheit mehr liebten als sich selbst und ihr Vaterland.

Fides - Kunstausstellungen.

Im ersten Stock des Hauses Bingenortstraße 2a, in den Räumen des „Dreadner Clubs“, hat sich seit dem 9. Juni ein neues künstlerisches Unternehmen aufgetan. Es ist eine Gründung der Fides G. m. b. H., die sich Verkaufsbemittlung und Verwaltungseinrichtungen zur Aufgabe gemacht hat und in diese nunmehr auch das Gebiet der bildenden Kunst einbezieht. Künstlerischer Leiter des Unternehmens ist Herr Rudolf Proß, den langjährige Beziehungen mit der Kunst der Malerei und Bildhauerei und mit dem Kunstgewerbe verbinden.

Der Anfang ihrer Tätigkeit ist vielversprechend: Sie zeigt in einem gutgeleiteten Überblick Teile aus dem Werk Emil Nolde's, die Gemälde, Aquarelle und Graphik des Künstlers enthalten.

Das Schaffen Emil Nolde's bedarf für die Dredner Kunstfreunde keiner neuen Deutung. Es ist und durch umfangreiche Ausstellungen, welche die Galerie Krenn wiederholt veranstaltet hat, nahegebracht worden, und neue Entwicklungen in Nolde sind nicht wahrnehmbar geworden. Er ist noch immer in erster Linie der leidenschaftlich fühlende Farbenkünstler, der er seit jeher war, und geht mit Konsequenz und strengem Stilgefühl die Wege, die er als die für seine Eigenart richtigen erkannt hat. Man braucht seiner Auffassung nicht überall zustimmen, um dennoch anerkennen zu müssen, daß er einer der bischöflichsten unter den deutschen Malern unserer Zeit ist. Die Eigenart seines künstlerischen Wesens liegt nahe am Begriffe des Expressionismus, ohne ihn doch unmittelbar zu betreffen; ja, die und da macht er sogar dem Impressionismus, von dem er ja hergekommen ist, Zugeständnisse, die gegenüber dem Stil, den man von ihm gewohnt ist, geradezu überraschend müssen. In dieser Ausstellung ist es neben einer Reproduktion („Frauenbildnis“) ein Gemälde („Wend“), das dem Stoffe und der Form nach voll sein impressionistischer Wirkung ist, obwohl er die ganz zweifellos nicht beabsichtigt hat. Denn an sich fließt er sowohl den Stoff wie die Form. Das wird in dieser Ausstellung am frappantesten wahrnehmbar an Arbeiten von der Art der Groteske „Schmid und Schneider“. Das, was er in diesem Werke und anderen, ihm ähnlichen Darstellungen schildert, ist zwar Wirklichkeit oder kann es doch wenigstens sein, und ist dennoch weit mehr als nur Wirklichkeit, es Gleichnis, Fabel, Legende, Märchen, je nach dem Stoffe, der sich vor seiner Seele zum Stoffe formt.

Man darf, um ihm gerecht zu werden, an Nolde weder den Nachhab ansetzen, mit dem man

Die Anträge des Staatsanwalts im Hochverratsprozess.

Lebenslängliches Zuchthaus für Fuchs — Plädoyer des Verteidigers — Die unwillkommenen preussischen Zuwanderer — Fuchs ein Opfer Mühs und Pöhners.

tionen, die zum Ende der Verhandlungen hinausgeschoben und zum Teil den Berechtigungen zwischen der sächsischen Regierung und den Interessenten selbst überlassen wurden. Der „Tempo“ verlangt heute, daß die subdualige Regelung dieser Fragen unter allen Umständen der Unterzeichnung des Friedensvertrages voranzutreiben müsse, da sonst die französischen Mitglieder kaum zu ihrem Rechte kommen würden.

In Pariser offiziellen Kreisen wird behauptet, daß die Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens in einem Meinungs- und Standpunkt einig seien und mit dem Ziel, die Verhandlungen der Konferenz zu beschleunigen, die Konferenz abzulösen. Der bisherige Weg ist, der sächsischen Delegation konkrete Vorschläge hinsichtlich der Regelung sächsischer noch ungeklärter Probleme einschließlich der Frage des Zolltarifs, zu dem das Arrangement über Wollwaid abgegriffen sein muß, zu überreichen und deren Beantwortung „in aller nächster Zeit“ zu verlangen. Es handelt sich demnach um eine viel nichtüberstrichenen Willkür.

Türkisch-britischer Handelsvertrag.

Lausanne, 19. Juni. Die hier verhandelt, soll die Gruppe Leslie Urquhart ein Handelsabkommen mit der türkischen „Société nationale“ abgeschlossen haben. Danach würde eine Gesellschaft gegründet, die nach Stellung auf gegenseitige Vorteile das ausschließliche Monopol für Zin- und Ausfuhr in der Türkei haben soll. Um ihr Programm durchzuführen, wird die neue Gesellschaft, die mit bedeutendem Kapital ausgestattet werden soll, ein europäisches Handelsnetz in der Türkei schaffen. Auch eine französische Gruppe hat sich die Beteiligung französischer Kapitals an dieser Gesellschaft gesichert.

Der russisch-englische Meinungs- und Standpunkt.

Moskau, 19. Juni. Die Antwort Tschischewins auf das Memorandum der englischen Regierung vom 13. d. M. stellt mit Genehmigung fest, daß England sich von den Erklärungen und Konzeptionen der russischen Seite für befriedigt erkläre und daß die britische Regierung auf alle dem Grundgedanke der Gegenseitigkeit widersprechenden Forderungen in der Frage der Entschädigungen verzichte. Die russische Regierung werde ihren diplomatischen Vertretern Anweisungen im Sinne des russisch-englischen Abkommens erteilen unter der Voraussetzung, daß die britische Regierung bestes tue. Unter den genannten Voraussetzungen halte die russische Regierung auch den Meinungs- und Standpunkt für beendet.

Klein-Kundensnachrichten.

Wien, 19. Juni. In der Budgetdebatte des Nationalrates erklärte der Minister für soziale Fürsorge, die Zahl der untergeordneten Erwerbslosen im ganzen Bundesgebiete betrage sich am 30. Juni d. J. auf 109 011, davon entfielen auf Wien 65 322. Die von der Regierung unternommene Unternehmung der produktiven Erwerbslosen für soziale Fürsorge habe sich in den letzten Monaten in erfreulicher Weise aus. Rund 120 000 Erwerbslose fanden dadurch bisher Beschäftigung. Simla, 20. Juni. Die monatliche Sitz-Sitzung, genannt Dabakales, wurde für ungesetzlich erklärt. Von 500 Mitgliedern wurden 300 verhaftet.

München, 19. Juni.

Im Hochverratsprozess Staatsanwalt Kellerer heute vorzeitig sein Plädoyer. Die Angeklagten Fuchs und Maut hätten es, in Gemeinschaft mit dem verstorbenen Nachhaus, unternommen, dem deutschen Volke die letzte Waffe, seine nationale Einheit, aus der Hand zu schlagen. Ihre Absicht, daß die Aktion sich gegen den bestehenden Verfassungswort gerichtet habe, sei durch die Verhaftungen Mahr, Schäfer, Kauter und Friedmann widerlegt. Laut sprächen auch für die Schuld von Fuchs und Maut die beiden Mischhuldigen Nachhaus und Köhler, wenn sie auch kaum seien. Besonders Gewicht legt der Staatsanwalt auf das Eingeständnis des Fuchs in der Hauptverhandlung, daß der sächsische Kronprinz Rupprecht ihm nicht den Auftrag erteilt habe, ihn dem französischen Kommandanten Richert in offizieller Eigenschaft zu führen. Gerade dieser Fall sei kennzeichnend für die

Großtueri des Fuchs,

der eine ganz „unverfängliche“ Sache mit einem Wachen Wächter in ihr Gegenteil verkehrte, während er doch selber die ferndeutsche antiseparatistische Meinung Rupprechts angebe. Seine zahlreichen politischen Beziehungen erweisen den Fuchs auch entgegen seiner Betätigung als politische Persönlichkeit. Auch daß er sich nicht an die Polizeidirektion und das Wehrkreiskommando gewandt habe, „um aus der Sache herauszukommen“, beweise sein schlechtes Gewissen. Fuchs wolle die Separation Bayerns und deshalb habe er sich an Frankreich gewandt, dessen Zerstückelungsabsichten gegenüber Deutschland schreien. Daß Richert im Auftrage der sächsischen Regierung handele, gehe aus seinen eigenen Äußerungen hervor. Noch am 20. Februar habe er den württembergischen und württembergischen Widerstand erklärt, Frankreich brauche die Aktion zur Unterdrückung seiner Ruhrbesetzung. Daß Fuchs und Nachhaus trotz dieser Äußerung weiter verhandelt hätten, sei das Zeugniss. Daß es den Angeklagten nicht um einen monarchistischen Fuchs, sondern um eine dauernde Trennung Bayerns vom Reich zu tun gewesen sei, beweise die von ihnen vorgeschene Einführung einer eigenen bayerischen Währungsform und die Befestigung der Weimarer Verfassung. Als Beweggründe der ganzen Verschwörung nimmt der Staatsanwalt Ehrgeiz und Ruhmsucht an. Als leicht beeinflussbarer Mensch sei Fuchs dem persönlichen Einfluß des französischen Richert unterlegen, der ganz mit seiner auch im Wahlgebiet beständigen Brutalität den Fuchs durch Trübungen immer weiter getrieben habe. Da Fuchs in der kritischen Zeit ohne wirtschaftliche Sorgen war, so hat er, nach Auffassung des Anklagevertreters, von den gewiss Summen für sich verwendet,

gewisse Summen für sich verwendet,

und zwar veranschlagt der Staatsanwalt die von Fuchs und Nachhaus für sich persönlich verwendete Summe auf neun Millionen Mark. Die Anklage gegen Fuchs und Maut betreffe also gewalttätige Verfassungsänderung, gewalttätige Zerschlagung Bayerns vom Reich und die dazu notwendigen Ausführungshandlungen etwam in der Verbindung mit Richert und dann in ihrer innenpolitischen Verbindung, Fuchs sei des vollendeten Verbrechens des Hochverrats schuldig. Mit den bayerischen Organisationen und durch die Proklamationen an das deutsche Volk habe Fuchs und Nachhaus einen schamlosen Betrug getrieben, indem dabei die französische Mitwirkung und Zerstückelungsabsicht verschwiegen worden sei. Der Staatsanwalt geht dann auf die wirtschaftlichen Maßnahmen und Verhandlungen der Verschwörer mit Frankreich, Ungarn, Italien und der Tschechoslowakei ein.

Der Angeklagte Maut sei durch den ihm be-

trauten Dr. Köhler zweifelslos schon schuldig in die Verschwörung eingeweiht worden. Er habe eine militärische Demonstration der Tschechen gegen die sächsische Grenze angeleitet und mit der Invasion Deutsch-Oberschlesiens durch die Tschechen gerechnet. Maut sei der Beihilfe schuldig. Auch der Angeklagte Berger und die Brüder Gutermann waren nach Ansicht des Staatsanwalts durch Nachhaus darüber informiert, daß eine Aktion bevorstehe, bei der sie mitmachen sollten. Der separatistische Charakter der Aktion und die französische Mitwirkung dabei sei ihnen jedoch nicht bekannt gewesen. Sie hätten lediglich ein angelegentliches Vorgehen gegen den Bolschewismus mitmachen wollen, was jedoch auch eine Verfassungsänderung zur Voraussetzung hätte.

Zum Schluss

beauftragte der Staatsanwalt

folgende Strafen: Gegen Prof. Georg Fuchs lebenslängliches Zuchthaus, 10 Mill. M. Geldstrafe, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit und Eingekerkung der bei Nachhaus beschlagnahmten Zeitschriften; gegen Johann Maut fünf Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von sechs Wochen Untersuchungshaft, 50 Mill. M. Geldstrafe, zehn Jahre Ehrverlust, Stellung unter Polizeiaufsicht, Ausweisung aus dem Gebiet des Deutschen Reichs, vorläufige Beschlagnahme der geleisteten Sicherheit von 60 Mill. M. und sofortige Wiederhaftung wegen Fluchtverdachts; für Johann Berger zwei Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von sechs Wochen Untersuchungshaft und 300 000 M. Geldstrafe; gegen Rudolf Gutermann ein Jahr fünf Monate Zuchthaus unter Anrechnung von sechs Wochen Untersuchungshaft und eine

Million Geldstrafe. Die Geldstrafen sind eben-

falls in Gefängnisstrafen umzuwandeln. Für den Angeklagten Richard Gutermann beantragte der Staatsanwalt Freiheitsstrafe.

Die Anklage gegen den Verteidiger des Fuchs,

dem Grafen Pechalozza, vorbehalten. Er gliederte sein Plädoyer in zwei Teile. Im ersten gab er einen historischen Rückblick auf politische Straftäter, im zweiten befaßte er sich speziell mit der Anklage gegen seinen Mandanten. Zuerst zählte er eine Reihe von Taten aus der preussisch-brandenburgischen Geschichte auf, mit denen er die Zusammenarbeit mit Frankreich gegen deutsche Interessen belegen wollte. Dann referierte er den Begriff des Bolschewismus, der heute gerade in nationalpolitischen Kreisen Bayerns in heillosen Verwirrung geraten sei, indem Bolschewismus einfach gleich Sozialismus gesetzt würde. In diesem Zusammenhang sprach er von dem Ruf, daß Bayern durch die preussischen Emigranten nationalpolitisch zerschlagen worden habe und sagte wörtlich: „Der preussische Adler hat sich das Fell des bayerischen Löwen umgehängt und haßt nun auf sein eigenes Nest los, weil darin der sozialistische Kuckuck sitzt.“

Im zweiten Teil seines Plädoyers befaßte

sich Graf Pechalozza in der Hauptsache mit der Person des Richert, für deren Darstellung die Anklage fast alles unterlassen habe, obwohl ihr eine Aufhellung der Person des Richert nicht besonders schwer gefallen wäre. Dann aber übte der Verteidiger, wie erwartet, eine

außerordentlich scharfe Kritik an den

vier Hauptzeugen, die vielleicht Gutts gewollt, aber jedenfalls schlechter vordrängen hätten. Die und die anderen hochgestellten Persönlichkeiten, wie General Mühl und Präsident Pöhner, hätten an Fuchs einen menschlichen Hochverrat begangen, weil sie ihm und seinem Gewissen bewußt ein solches Spiel in ihrer Unternehmung vorgespielt hätten. Aus dieser menschliche Hochverrat der vielen Hauptzeugen des bayerischen Mandanten sei die Grundlage zu dem politischen Hochverrat, wie ihn die Anklage vertrete. Die Täuschung des Vertrauens sei zweifelslos als Voraussetzung zum Hochverrat zu bezeichnen, dem Fuchs als unparteilicher Richter, Projektentwerfer und Hauptpolizist zum Opfer gefallen sei. Von diesem Gesichtspunkt aus sei die Tat des Fuchs in keiner Weise als chlos zu bezeichnen. Er plädierte nicht auf Freisprechung, aber er wolle auf der entscheidenden in Rede stellen, daß sein Mandant chlos gehandelt habe. Der Mittwoch ist für die Plädoyers der anderen drei Verteidiger vorbehalten. Das Urteil ist nicht vor Ende des Monats zu erwarten.

den Abschilberer des Lebens nicht, noch den, der für den reinen Geschäftsmann in Frage kommt; er ist eine so eigenwillige und eigenartige Mischung von beiden und dazu eine so ungewöhnliche Erscheinung als Koloss, daß man schon Erscheinungen wie Vincent von Gogh oder Gauguin herbeiziehen muß, um Vergleichsmöglichkeiten zu finden. Und letzten Endes sind es ja auch diese beiden Meister der Farbe, von denen Emil Nolde wesentliche Merkmale seiner künstlerischen Psyche gewonnen hat.

„Verkaufte Braut.“

Frei Fuchs am Punkte.

Zum letztenmal in dieser Spielzeit erschien gestern Frei Fuchs am Punkte. Nach der Vorstellung trat er eine Weile nach Fuchs zu den Festspielen an, auf denen unsere Staatsoper mit dem „Vors Godunow“ Staat machen wird! — Aber Fuchs ließ es sich nicht nehmen, sich mit einer Oper zu verabschieden, die er noch nicht hier dirigierte hatte: die lebens- und lebensfrohe „Verkaufte Braut“ des böhmischen Mozart. Natürlich machte er seine Sache glänzend. Man erlebte mit Lauder, der Ritsch, Ermoil ufm. eine ganz prächtige, temperamentovolle Wiedergabe. Abgesehen Lauder nahm auch Kischel von Tredden und den Treddern. Er gehört jetzt zu den „kleinen Größen“ und wird erst im Dezember wieder kommen; was natürlich für die Bildung dessen, was man an einer Bühne Festsitz nennt, nicht gerade vorteilhaft ist. Doch das liegt nun einmal in der Zeit. Um so erfreulicher zu sehen war es, wie Fuchs dem Institut bis zum Festsitzende seine Kräfte widmete. Auch gestern wieder spürte man das Publikum, das von seinem Stand ausgeht. Das war Zug in der Vorstellung, auf der Bühne, wie im Orchester. Alle von amore bei der Sache, wie es ja sein muß. In der Overtüre hätte man meinen können, Nehner läge am Punkte, so temperamento- voll hielte man die in ihrer Art klassische Overtüre.

Einem Beisatzsturm löste sie aus. Und dann die köstliche Ballettmusik, die Idealisierung der böhmischen Volks. Herausgearbeitet auf alle Feinheiten in Rhythmus und Dynamik à la Schuch. Sie entscheidet so immer den Erfolg des ersten Akts als des Aufstiegs der Oper und bietet unserem Ballett mit Susanne Dombos und Walter Kreide weiß Gelegenheit, einmal ein gerütteltes Maß von verdienstlichem Fleiß zu ernten. Im Ganzen zeigte Fuchs Leitung jedenfalls wieder von neuem die Stärke seines musikalischen Einflusses vornehmlich. Bei einer so intensiven musikalischen Begabung ist Eingefühl eben ein gegebener Faktor.

Frei Fuchs und der Dresdner Lehrergesangsverein. Nach dem großen Erfolge im Frühjahr hat Generalmusikdirektor Frei Fuchs mit dem Dresdner Lehrergesangsverein eine Abmachung getroffen, wonach er bis auf weiteres zwei Winterkonzerte der Sängerschaft (eins ohne Begleitung, eins mit Orchester) leiten wird. Damit ist die Möglichkeit gegeben, daß sowohl im Dresdner Konzertsalle wie auch in den Symphoniekonzerten der Staatsoper, mehr als bisher wertvolle ältere und neuzeitliche Werke für Männerchöre in nützlichster Weise zu Gehör gebracht werden können.

Ein internationaler Orthopäden-Kongress. Einen ersten, wohlgeordneten Versuch, die internationale Wissenschaft wieder in näherer Fühlung zu bringen, unternahm die Niederländische Orthopädische Vereinigung, in dem sie zur Feier ihres 25-jährigen Bestehens Vertreter der Orthopädis aus allen Ländern nach Amsterdam lud. Die Prof. Wiesasali, der an dem Kongress teilnahm, in der „Sächsischen Wochenzeitung“ berichtet, wurden am ersten Tag (speziellere Fragen) behandelt, während der zweite Tag dem Thema „Der Stand der Krüppelfürsorge in den einzelnen Ländern“ gewidmet war. Es beteiligte über England Sir Robert Jones, aus Deutschland Wiesasali, über Wien Episk, über Amerika Albee und über die

Niederlande van Kissen. Hier interessierte namentlich der hoch entwickelte Stand der deutschen Krüppelfürsorge, sagte Wiesasali, und das preussische Krüppelfürsorge-Weis. Das sinesgemäß wachzunahmen wohl in vielen Ländern das Bestreben der Hochkultur sein wird. Die Verhandlungen waren eingeleitet von einigen gelehrigen Veranstaltungen, auf denen die Vertreter der einzelnen Länder auch persönlich miteinander zu verteilten Gelegenheiten hatten. Es scheint also jetzt der Baum gestanden zu sein, und man wird erwarten dürfen, daß nunmehr in schneller Folge auch andere Länder und auf allen Gebieten dem vorgeben Hollands folgen werden.

Wissenschaftliche Nachrichten. In Genf, wo seit langem schon Gesellschaften für italienische, englische, spanische Studien bestehen, hat eine Reihe von Künstlern und Gelehrten unter der Führung des deutschschweizer Prof. Rohmenblust eine Société générale de Etudes allemandes gegründet, die das deutsche und insbesondere das deutschschweizerische Geistesleben in weiteren Kreise pflegen will.

Die drei Töchter des berühmten Zoologen Dr. Alfred Rehm, des Verfassers des schätzbaren „Tierlebens“, haben auf ihrem Wohnsitz in Oberreitendorf (Kreis Rode) mit der bittersten Not zu kämpfen. Als Rehm 1884 starb, hatten die Töchter, die krank und arbeitsunfähig durch eine nicht unbedeutende Einkommensquelle durch das Honorar aus Rehm's „Tierleben“, 1914 aber, nach Ablauf der Schutzfrist, verfiel diese Quelle. Die Sammlungs- und Forschungsgegenstände des Gelehrten sind vor Jahren schon — meist sehr unvorteilhaft — veräußert worden. Die Töchter sind heute auf Almosen angewiesen.

Stulptenansammlung. Am Donnerstag, den 21. Juni, 9—4 Uhr nachmittags, findet in der Stulptenansammlung eine Führung zum Besten des Heimatbankes statt. Der Rufus Dr. Walter Müller wird in der Abgusammlung die Bildwerke der ägyptischen und orientalischen Kunst erläutern.

Thaternachrichten. Sächsische Staatstheater. Opernhaus. Freitag, am 22. Juni, „Alba“ mit Elise Schwaner in der Titelrolle, Curt Laucher als Radames, Julius Püttlich (Römig), Helene Jung Amerling, zum erstenmal, Georg Jottmayer (Kamphil), Waldemar Stargemann (Amoros), zum erstenmal, Russische Leitung; Hermann Kupferschlag. Samstag 23. Juni.

Schauspielhaus: Die Frist zur Erneuerung der Anrechtstaten an die bisherigen Anrechtshaber für die neue Spielzeit läuft am Freitag, den 22. Juni, nachmittags 2 Uhr ab. Bis dahin nicht eingelöste Anrechtstaten werden anderweit vergeben.

Die Eintrittspreise in den Sammlungen für Kunst und Wissenschaft.

Das Eintrittsgeld beträgt folgende:

| | |
|----------------------------------------------------------|---------------------------------|
| Montag, Dienstag, Donnerstag, Samstag, Sonntag, Festtage | 4000 Mk. (1000 Mk. für Schüler) |
| Freitag | 2000 Mk. (500 Mk. für Schüler) |
| Mittwoch | 1000 Mk. (250 Mk. für Schüler) |
| Abendveranstaltungen | 500 Mk. (125 Mk. für Schüler) |
| Spezialveranstaltungen | 1000 Mk. (250 Mk. für Schüler) |

Die belgische Regierungskrise. Die Ruhrkrise als Ursache.

Journal des Débats' meldet über den Stand der belgischen Ministerkrisis: Nach seiner Unterredung mit dem Könige habe Theunis gestern abend und heute vormittag eine Reihe von Besprechungen mit Persönlichkeiten der liberalen und der katholischen Gruppe gehabt. Über ihr Ergebnis werde das strengste Stillschweigen beobachtet. Es verlautet jedoch, daß es den Erwartungen Theunis' nicht entsprochen habe. Theunis sei auf völlige Unnachgiebigkeit in der Frage der Center-Universität auf Seiten der flämischen Katholiken gestoßen. Heute vormittag habe dementsprechend in politischen Kreisen eine pessimistische Auffassung vorgeherrschet. Von mancher Seite sei sogar behauptet worden, daß Theunis angeführt der Schwereitigkeiten, die der Aufklärung einer Regierungsmehrheit entgegenständen, auf die Neubildung des Kabinetts verzichten wolle. Als derjenige, der in diesem Falle die Neubildung des Kabinetts versuchen werde, werde schon jetzt Carton de Wiart genannt.

Spätere Briefsteller Meldungen bestätigen die sofort aufgetauchte Vermutung, daß die Center-Universitätfrage nur einen Vorwand für Theunis' Politik bilde, und daß seine eigentliche Ursache in der Ruhrkrise zu suchen ist. Das Kabinett hatte Grund, in der Sommer eine Niederlage bei der Vorlage des Kriegsgesetzes zu fürchten, welche die aktive Neutralität während der Dauer der Rhein- und Ruhrbesetzung von 16 auf 14 Monate verlängern wolle. Für die Regierung wäre diese Niederlage um so peinlicher gewesen, als sie den König veranlaßt haben soll, einen Brief in Unterstützung dieser Vorlage an den Kriegsminister zu richten, den sie dann veröffentlichte.

England wird ungeduldig.

Im Handelsteil der 'Times' wird darauf hingewiesen, daß an der erneuten Verschlechterung aller sogenannten Reparationsdevisen das langsame Tempo der Verhandlungen schuld sei. Man könne nicht genug betonen, wie hochwichtig es sei, die Lösung des Reparationsproblems im frühest möglichen Augenblick herbeizuführen. Jeder Bezug erhöhe nur die wirtschaftlichen Verluste, unter denen ganz Europa leide. Durch Neuter wird der französischen Regierung mitgeteilt, daß man ihre Antwort noch heute erwarte, da der englische Minister morgen zusammentreten werde, um den französischen Standpunkt in der Einstellung des passiven Widerstandes vorher kennen zu lernen. Man erwartet, daß Belgien sich zu dem französischen Entwurf noch heute äußern werde, worauf die Note dann nach London abgegangen werden könnte. Trotz der Demission des belgischen Kabinetts haben Theunis und Jaspars beschlossen — so meldet der Briefsteller Berichterstatter des 'Journal' — auf die französischen Mitteilungen über die Bedingungen für die Einstellung des deutschen passiven Widerstandes ohne Zögern zu antworten. Sie glauben hierzu um so mehr ermächtigt zu sein, als sie für ihre Außenpolitik eine Mehrheit in der Kammer hätten. Die Antwort Belgiens werde folgenden Inhalt haben: Belgien glaubt, daß man unter Einstellung des passiven Widerstandes die Zurückziehung aller Verordnungen verstehen solle, die die Reichsregierung erlassen hat und in denen der Bevölkerung verboten wird, unter französisch-belgischer Kontrolle zu arbeiten. Würde der Widerstand wirklich eingestellt sein, so solle im Ruhrgebiet das Regime wieder eingeführt werden, wie es in den ersten Tagen der Besetzung bestand, d. h. die Arbeiten des Ruhrgebietes würden durch eine Ingenieurkommission kontrolliert werden, und diese Kommission würde durch eine verminderte Anzahl von Besatzungstruppen besetzt werden. Diese Anschauung stimmt mit der der französischen Regierung überein.

Das Martyrium der Eisenbahner. Hölle der Dortmunder Arbeiter.

In der Zeit vom 10. Januar bis 2. Juni d. J. sind insgesamt 5764 Eisenbahner durch die Franzosen aus ihren Wohnungen vertrieben worden. Davon wurden 4558 aus dem besetzten Gebiete ausgewiesen. Die Zahl der von der Verdrängung betroffenen Angehörigen beträgt 17837, die Zahl der von der Ausweisung betroffenen Angehörigen 11151. Verhaftet wurden insgesamt 564 und vom Kriegsgericht verurteilt 106 Eisenbahner. Wie aus Frankfurt gemeldet wird, wurden im Gebiete von Ober- und Niederrhein in gestern 21 Eisenbahner zum größten Teil mit Familien ausgewiesen. Sie durften nur Kleider und Lebensmittel mitnehmen. Aus Worms wurden 148 Eisenbahner ausgewiesen. Weitere 150 werden aus Bingerbrunn erwartet. Bingerbrunn soll von deutschen Eisenbahnern bereits fast völlig entleert sein.

Zur Bekämpfung des Eisenbahnverkehrs durch die Besetzung sämtlicher Bahnstöße und Eisenbahnverkehren und zur französischen Drohung, alle Eisenbahner auszuweisen wenn sie in Zukunft nicht gewillt seien, für die französisch-belgische Regie zu arbeiten, haben die organisierten Arbeiter, Angehörigen und Beamten von Groß-Dortmund ein

Rundgebung erlassen, in der sie den Eisenbahnern ihre tatkräftige Hilfe und kräftige Unterstützung zusichern, ihre Teilnahme an dem besagten Schicksal der Eisenbahner auszusprechen und zur Ruhe und Besonnenheit mahnen.

Schüsse auf einen französischen Posten. Dortmund, 19. Juni.

Wie heute festgestellt wurde, sind am Sonntag abend zehn Schüsse auf einen französischen Posten abgegeben worden, die insofern nicht trocken. Da in der Stadt das Gerücht umlief, daß der Posten erschossen worden sei, und man infolgedessen die Verhängung einer neuen Verlehrsperre über Dortmund befürchtete, verließ alles fluchtartig die Straßen. Die Vorstellung im Theater wurde vorzeitig abgebrochen. Der Stadt sind neue Strafmaßnahmen angedroht worden.

Ein freiwilliges Geständnis Görge's. Frankfurt, 19. Juni.

Gegenüber den widersprechenden Meldungen der Presse über die Umstände, unter denen das französische Kriegsgericht in Mainz das Todesurteil über den jungen Ingenieur Paul Görge gefällt hat, wird der Hr. J. mitgeteilt, daß der Vater und Bruder des Verurteilten in Begleitung des Pfarrers Höcker aus Hundsbürg bei Magdeburg ihn am Sonnabend im Gefängnis besuchen und sich ungehindert 2 Stunden mit ihm unterhalten konnten. Sie vernahmen von dem Verurteilten selbst, daß er aus freiem Antrieb das Geständnis abgelegt habe, das Attentat gegen die Rheinbahn-Eisenbahnlinie begangen zu haben. Görge ist ruhig und gefaßt. Sein Bruder bleibt in seiner Nähe in Mainz.

Todesstrafe für Sabotageakte. Essen, 19. Juni.

Nach einer in Essen veröffentlichten Verordnung des Generals Degoutte können Berg- und Hüttenwerke, wenn sie die von den Franzosen geforderten Gegenstände nicht liefern, in Besitz genommen werden. Auf Verweigerung der Lieferungen stehen Gefängnisstrafen bis zu 15 Jahren und Geldstrafen bis zu 150 Millionen Mark. Die Personen, die gegen die von den Franzosen befohlenen Sabotageakte verüben, werden nach der Verordnung mit dem Tode bedroht.

Mit vorgehaltenem Revolver. Ruzer, 20. Juni.

Die deutschen Eisenbahner in Weisenkirchen sind, soweit sie überhaupt noch im Dienst sind, den größten Willkür der Besatzungstruppen ausgesetzt worden. So wurde gestern das Lokomotiv- und Zugpersonal, das von Weisenkirchen-Wismar nach Wuer fahren wollte, von einem zweifelhaften Verbot unterworfen. In Weisenkirchen-Schale wurden 6 Lokomotiven beschlagnahmt. In Langendreez verhafteten die Franzosen 40 Eisenbahner von der Straße weg, die 11 mit ihren Familien ausgewiesenen Kollegen beim Ausziehen Hilfe leisteten.

Vom Landtage. Die nächste Sitzung des Sächsischen Landtags findet morgen, Donnerstag, mittags 1 Uhr statt. U. a. steht die Amnestievorlage auf der Tagesordnung.

In der heutigen Sitzung des Rechtsausschusses wurde mit den Stimmen der beiden Mittelparteien gegen die Stimmen der Rechtsparteien das Gesetz über die Pflichten der Beamten und Lehrer und über Änderungen des Dienststrafrechts in der ersten Lesung mit einigen unwesentlichen Änderungen angenommen. Eine der vorigen Sitzungen des Rechtsausschusses hatte sich bereits mit dem Gesetz befaßt. Die Beratung war aber auf den Antrag der bürgerlichen Vertreter hin abgebrochen worden, weil sie zur Begründung der Notwendigkeit des Gesetzes die persönliche Anwesenheit des Innenministers forderten. Dieser war heute anwesend und wies an der Hand gravierender Einzelfälle allen, aus der jüngsten Zeit in der Generaldebatte nach, daß die Republik zu ihrem Schutze das Gesetz dringend bedarf. Es sei anzunehmen, daß der Hauptwert des Gesetzes in seinem vorbeugenden Charakter liege. Im übrigen werde selbstverständlich die Regierung das Gesetz nicht in Kleinigkeiten und schärfender Weise anwenden.

Tageschronik. Der Ausbruch des Actna. Mailand, 19. Juni.

Die Nachrichten über den Ausbruch des Actna lassen erkennen, daß die Lage bedeutend ernster ist, als man auf Grund der ersten Meldungen vermuten konnte. Im ersten Ansturm überrannte die Lava alles, was sich ihr in den Weg stellte. Die Weinberge, Orangegärten und Olivenhaine wurden samt samt den Bauernhäusern unter dem

glühenden Strom begraben, der binnen kurzem die Gemarkungen Pirelli, Gallomola und Ferro bedeckte. Der rechte Arm des Lavastroms bedroht die Stadt Linguglosa, ein weiterer Arm, der etwa 300 m lang und 3 m hoch ist, bewegt sich mit einer durchschnittlichen Stundengeschwindigkeit von 60 m in westlicher Richtung. Etwa 30000 Flüchtlinge bewegen sich nach Catania zu. Nach den neuesten Meldungen ist der Lavastrom noch nicht zum Stillstand gekommen. Seine Front befindet sich jetzt vor der Station Ferro. Auch die Tätigkeit des Sees hat in den letzten 24 Stunden zugenommen. Aus einem kleinen Nebenkanal ergießt sich reichliche Lava.

Rom, 19. Juni. Der Lavastrom hat die Eisenbahnlinie nach Garro überschritten und bewegt sich langsam auf Linguglosa zu, von dem er nur noch wenige hundert Meter entfernt ist. Auch die Driestadt Garigliano ist bedroht. Die Festigkeit des Ausbruchs hat noch zugenommen. Die Behörden und die Geistlichkeit leisten der flüchtenden Bevölkerung nach Kräften Hilfe.

Catania, 19. Juni. Der Ausbruch ist noch nicht zur Ruhe gekommen. Die Ausbrüche gehen mit den stärksten Stürmen weiter. Falls der Hauptlavastrom seinen anderen Weg nimmt, so besteht große Gefahr, daß die Driestadt Linguglosa zerstört wird.

Verwaltungsauffassent für die allgem. Verwaltung sofort gesucht. Besoldung: Gr. V. b. 20. nach Erfüllung der gesetzl. Voraussetzungen. Ort: O. C. Bewerbungen sind unter Beifügung von Besoldungsnachweisen bis 28. Juni einzureichen. [2165] Pögan, 18. Juni 1923. Der Stadtrat.

Einladung zur ordentl. Vorstandsversammlung in Weissen am 4. Juli 1923 nachm. 1/2 2 Uhr im Gasthof 'Alberthof'.

Zagelordnung: 1. Bericht der Direktion über das abgelaufene Geschäftsjahr. 2. Vorlegung der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Rechenschaftsberichts für das Geschäftsjahr 1922. 3. Abgleichung der Jahresrechnung und Entlastung der Verbandsorgane. 4. Satzungsänderungen: a) betr. Einkommensänderungen, b) betr. Einbezahlungen, c) betr. Verhältnisse. 2183

Zu Punkt 4 der Zagelordnung wird ganz besonders auf § 10 Abs. 4 und 5 der Satzungen aufmerksam gemacht.

Einladung zu einer außerordentl. Vorstandsversammlung in Weissen am 4. Juli 1923 nachm. 1/2 3 Uhr im Gasthof 'Alberthof'.

Zagelordnung: Satzungsänderungen. Erhebung des Punktes 4 der Zagelordnung der ordentlichen Vorstandsversammlung. Es wird hierbei ausdrücklich auf § 10 Abs. 5 der Satzungen aufmerksam gemacht und ist diese außerordentliche Vorstandsversammlung hiernach ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlußfähig.

Zur Beachtung. Der Zutritt zu den feiden Vorstandsversammlungen ist nur gegen Vorlegung der jetzt geltenden Mitgliedslisten nach § 7 der Satzungen und nur einem Vertreter jedes Verbandsmitglied gestattet.

Grübe, den 8. Juni 1923. Elektrizitätsverband Gröba. Rndt Uhlmann, Vors. des Aufsichtsrates.

Verlosung von Erzeugnissen der Staatlichen Porzellanmanufaktur Meissen zum Besten der Kriegsergebnißkiste zu Weissen. Bei der am 16. Juni 1923 in Dresden unter Aufsicht des Polizeipräsidenten Dresden durch den Invalidentant ausgesetzten Verlosung erlosien:

Table with 4 columns: Gewinn, Los-Nr., Gewinn, Los-Nr. Rows 1-32 showing lottery results.

nicht fallen die Gewinne Nr. 68—6062 auf die Nummern, welche mit einer 6 enden. — Die Gewinne sind gegen Ablieferung der Gewinnurkunden vom Hauptlager Weissen abgehoben. Die Pannofaktur übernimmt auf schriftl. Antrag den Versand nach auswärtig auf Rechnung und Gefahr des Empfängers. Auf Wunsch erfolgt die Rückgabe der Losurkunden nach Entwertung derselben. Gewinne, welche 8 Wochen nach der Ziehung nicht abgehoben werden, verfallen zugunsten der Verbandsverwaltung. 2182

Sport.

Zwei Handballspiele in der Sächsischen Kampfbahn. Morgen, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, finden auf der Hagen-Kampfbahn zwei Handballspiele statt. Das erste Spiel vereint die Damen von Guts Muths und von B. T. B. Jahn. 1/2 8 Uhr tritt B. T. B. Jahn der Herrenmannschaft von Brandenburg gegenüber.

Bewegungstanz und Jugendtanz in der Jahresfeier 'Jahn, Spiel und Sport'. Am Freitag, den 22. Juni, abends 8 Uhr, wird Johanna Heynemann am Konzertsaal mit Schülern ihres Zirkels Übungen aus ihrem System 'Hilflicher, rhythmischer Körpererziehung' vorführen. In diesem System wird der von Johanna Heynemann auf neue Grundzüge gestellte Jugendtanz als eines der Mittel zur Erziehung eines anmutig bewegten Mädchenkörpers gepflegt.

Devisenkurse. 20. Juni.

Table with 5 columns: Kategorie, Gold, Silber, etc. Lists exchange rates for various currencies.

Beamtenanwärter für die bankmäßig ausgebildete Stenografie zum sofort. Antritt gesucht. Bes. u. Gr. V. Ort: O. B. Besuche mit Unter. sofort ers. [2177] Stadtrat Tharandt.

2 jüng. Fortschgehilfen zum ausübend. Beschäftigung beim Kassewesen u. Kassearbeiten der Rottenstahlhölzer für sofort gesucht. Bild. Besold. nach Gr. III. Stad. We. - Verm. Waltersdorf, H. Jilten.

Raffengehilfe mit gründlicher Ausbildung im Spartenwesen, Schied- und Giroverleht gesucht. Besoldung nach Gr. IV, bei guten Leistungen Aufstiegsmöglichkeit. Meldungen mit Lebenslauf und Zeugnissen sofort an Magistrat Reichenbach O./Saul. [2179]

Der Landwirtschaftliche Kreditverein Sachsen.

Die Bekanntmachung über die am 6. ds. Mts. gefassten und am 2. Januar 1924 zuhaben 3 1/2 % 3 1/2 % und 4 % Kreditbriefe, mit Januar-Juli-Rufen, erscheint am 23. ds. Mts. in Nr. 25 der Allgemeinen Verlosungsblätter des Deutschen Reichsanzeigers. Lösungsbüsten liegen an der Kasse des Vereines in Dresden, Burgstr. 43, zur Einsicht aus. 2181 Dresden, den 19. Juni 1923. Das Direktorium.

Genossenschaft Corps Saxonia.

Der Unterzeichnete ladet hiernit zur ordentl. Hauptversammlung für Sonnabend, 7. Juli 1923, nachm. 4 Uhr im Corpshaus in Leipzig, Elsterstraße 23, ergebenst ein. 2166 T.-O.: 1. Geschäfts- u. Kassenbericht des Haushaltungsausschusses, 2. Entlastung des Vorstandes d. Gen. u. des Haushaltungsausschusses, 3. Wahl des Vorstandes u. der Rechnungsprüfer, 4. Festsetzung der Genossenschaftsbeiträge, 5. Vorlegung des Entw. der Satzungsänderung d. C., 6. Anträge u. Verschiedenes. Dresden, den 20. Juni 1923. Der Vorstand: Dr. Barnowitz.

Tageskalender. Donnerstag, 21. Juni.

Stadtheater. Cernhausen. Sächsischer Kanoniker. — Der Kajazzo. (Dr. V. Nr. 5536 bis 5603.) Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Freitag: Hda. (D. V. Nr. 5605—5665.) Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr. Samstag. (D. V. Nr. 5604—5634.) Anfang 6 Uhr. Ende nach 10 Uhr. Freitag: Fräulein Julie. — Mit dem Feuerhütel. (Dr. S. Nr. 5666—5713.) Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr. Neupädler Schauspielhaus. Weba. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende ges. 10 Uhr. Freitag: Einzig Weibchen. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr. Residenztheater. Kadame Kompadour. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr. Freitag: Diefelbe Vorstellung. Centraltheater. Die Frau von Korvin. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr. Freitag: Diefelbe Vorstellung. Vittoriatheater. Täglich Spezialitätenvorstellung. Anf. 7 1/2 Uhr.

Familiennachrichten.

Verlobt: Dr. Rolf Schulte-Werndt mit Frä. Heloide Kaiser in Dresden. — Vermählt: Dr. Max Steinbach mit Frä. Hildegard Schneider in Dresden. — Gestorben: Hr. Carl Ottomar Dentfangeit Schöde, Kaufmann in Dresden (69 J.); Hr. Max Dreyer, Viehkommissionär (67 J.) in Dresden; Hr. Franz Wilmann geb. Wobius (80 J.) in Dresden; Hr. Ernst Fürstegott Kaiser, Postsekretär a. D. in Dresden; Hr. Oberbauteil Dipl.-Ing. Dr. Ludwig Dieb (46 J.) in Leipzig; Hr. Oberpostinspektor Albin Edlhelm (51 J.) in Leipzig-Gohlis; Hr. Alfred Decker, Kaufmann und Stadtrat in Leipzig (62 J.); Hr. Hugo Reichelt, Kaufmann in Leipzig.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingung.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Müller in Dresden.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

Amtlicher Teil.

Verteilung von Umsatzsteuer.

Der 11. Ausschuss des Reichstags hat bei der Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Veränderung des Umsatzsteuergesetzes...

Obwohl der oben genannte Gesetzentwurf vom Reichstag noch nicht verabschiedet ist...

Bei der in den nächsten Tagen beginnenden Verteilung der Anteile auf den Monat April 1923...

Präsident des Reichstags, 21.80. Ministerium des Innern, Finanzministerium.

Brandversicherungsbeiträge.

Der Verwaltungsausschuss für die Gebäudeversicherung bei der Landes-Brandversicherung...

Der nach § 5 des Gesetzes über Schäden, Schadenersatz und Schadenersatz bei der Gebäudeversicherung...

Öffentliche Sitzung des Kreisbürgersrates Dresden Freitag, den 29. Juni, vorm. 11 Uhr in Sitzungssaal...

Ministerium des Innern. Der Ministerialrat Dr. med. Wopig im Ministerium des Innern...

Höchstpreise für Mauerziegel.

Kreisbauhauptschaft Dresden: Ab 15. Juni 1923 = M. 310.000. Amtshauptmannschaften Bayern und Ramkau: Ab 11. Juni 1923 = M. 360.000.

Kommission für Bauhoffbewirtschaftung Dresden.

Die Ausführung von Erd- und Oberbauarbeiten zwischen Stein 24 und 34 DW (ca. 1400 m Oberbau, 1500 ehm Erdenbau, 8000 ehm Wasserhaltung, 1000 m Weitaubruch) einfach, aber Nebenarbeiten soll vergeben werden.

von 3500 M. zu beziehen. Kündigung unter den Bewerberinnen und Ablehnung sämtl. Angebote vorbehalten.

Auf Blatt 1837 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma Paul Simon in Annaberg...

Auf Blatt 25 des hiesigen Genossenschaftsregisters, die Wirtschaftsgenossenschaft des Hütten- und Zinnhandels...

Auf Blatt 481 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma Kraft-Fahrradwerk Wilton Husak mit dem Sitz in Riedersdorf...

Auf Blatt 16 des Genossenschaftsregisters für den Ort, Kredit- und Bergbau Verein Riedersdorf, eingetragen: Genossenschaft mit beschränkter Haftung...

Auf Blatt 8706 des Handelsregisters, betr. die Aktiengesellschaft Chemische Fabrik Heisenberg H. G. vorm. Eugen Dietrich in Heisenberg...

Das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 18051, betr. die Aktiengesellschaft Hermann Berg Aktiengesellschaft in Dresden...

Das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 18051, betr. die Aktiengesellschaft Hermann Berg Aktiengesellschaft in Dresden...

Das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 18051, betr. die Aktiengesellschaft Hermann Berg Aktiengesellschaft in Dresden...

Auf Blatt 16436, betr. die Fa. Porzellanfabrik E. M. Antiquarvertrieb Aktiengesellschaft, Abteilung Dresden in Dresden...

Auf Blatt 16436, betr. die Gesellschaft Sächsische Hoffmeister Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden...

Auf Blatt 10607, betr. die Firma Reichel & Henrichs, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden...

Auf Blatt 15896, betr. die Gesellschaft Roelin-Industrie-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden...

Datum in Dresden: Der Gesellschaftsvertrag vom 19. August 1920 ist in den §§ 9 und 11 durch Gesellschafterbeschluss vom 20. Mai 1923 laut Rotariatsprotokoll...

7. auf Blatt 16174, betr. die Kommanditgesellschaft in Firma Kommanditgesellschaft G. B. Zehle, Eisenengroßhandlung in Dresden...

8. auf Blatt 15189 die Kommanditgesellschaft Dresden Zigarettenfabrik Kühne & Co. in Dresden...

9. auf Blatt 18019, betr. die offene Handelsgesellschaft „Julius“ Zigaretten Compagnie Julius Silber & Co. in Dresden...

10. auf Blatt 18192 die Firma Arthur Hempel in Dresden...

11. auf Blatt 16632, betr. die Firma Zigarettenfabrik Konstanin Blass in Dresden...

12. auf Blatt 14708, betr. die Firma Chemische Fabrik „Orlosa“ Walter Langer in Dresden...

13. auf Blatt 14852, betr. die Firma C. Johannes Kunath in Dresden...

14. auf Blatt 18188 die offene Handelsgesellschaft H. Langenheben & Co. in Dresden...

15. auf Blatt 15918, betr. die offene Handelsgesellschaft Wegener & Hauptmann in Dresden...

16. auf Blatt 13629, betr. die Firma Johannes Voigt in Dresden...

Auf Blatt 9475 des Handelsregisters, betr. die Aktiengesellschaft Georg A. Zeinmayr Aktiengesellschaft in Dresden...

waren und mit Weisen für den Tabakhandel sowie die Übernahme und Durchführung von Vertretungen in diesem Handelsgewerbe...

Der auf den 23. Juni 1923 vorm. 10 Uhr anberaumte Termin zur Versteigerung des auf Emil Auguste vew. Saffenss Md. Ernst u. Gen. Blatt 66 L.-Wahren, Aukt. Gollische Str. Nr. 336, einget. Grundstücks fällt weg.

Auf Blatt 112 des Handelsregisters, betr. die Firma Deutsche Jule-Opinerei und Woderei in Weihen...

Auf Blatt 348 des Handelsregisters ist heute die Firma Carl Barth Kauf. Max Seibel in Weihen...

Auf Blatt 514 des Handelsregisters für den Landbezirk Pirna, betr. die Dresdner Kellerei Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Weidenau...

Auf Blatt 864 des Handelsregisters, die Firma J. G. Gärtner & Söhne in Großschoborn, betr. ist heute eingetragen worden: Protokoll ist erstellt dem Kaufmann Friedrich Richard Lehme in Großschoborn.

Auf Blatt 180 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma Banis & Handbrüder Aktiengesellschaft mit beschränkter Haftung in Reichenau...

Auf Blatt 208 des hiesigen Handelsregisters, die Firma E. Z. Hühlich Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Hühlich in Sachsen, ist am 16. März 1923 eingetragen worden...

Stadtsanleihe Löbau Sa.

Zur Vereinfachung der sächsischen Finanzverwaltung kündigen wir hiermit nach den Anleihebedingungen alle nach im Umlauf befindlichen Stadtsanleiheunterwerfen unterer Anleihe von 1897 zur Rückzahlung für Ende Dezember d. J. auf.

Land- u. Forstwirtschaft.

Unterricht in der landwirtschaftlichen Maschinenkunde.

Für landwirtschaftliche Arbeiter und Beamte soll in der Zeit vom 23. bis 29. Juni (Montag bis Freitag) ein praktischer Unterrichtsstudium in der Behandlung und Benutzung landwirtschaftlicher Maschinen stattfinden.

Der zur Zwangsversteigerung des Christian Heinrich Wischmannschen Grundstücks, Blatt 40 des Grundbuchs für Wilm, auf den 13. Juli 1923 angelegte Termin fällt infolge Aufhebung des Verfahrens weg.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Die am 19. Juni ausgegebene Nr. 42 von Teil I des Reichsgesetzblattes enthält: Verordnung über die weitere Regelung der Unterbringung für Straftäter...

Dresden.

Erhöhter Mehl- und Brotpreis ab 21. Juni.

Der Gemeindevorstand Dresden und Umgebung gibt neue Mehl- und Brotpreise bekannt. Es folgt hierauf vom 21. Juni ab das 1900 g-Sort 2650 M. (früher 2250 M.)...

Schwimmunterricht in den Schulen. Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts hat die Schwimmpläne von Schulen...

Das Marktgericht zu Dresden hat rechtskräftig durch Strafbefehle die Viehhändler Hermann Paul Ehrlich aus Gropshaus wegen Preisverweigerung mit Schlachtvieh zu 500000 Mark, Adolf Max Kummer aus Dresden...

Mord in Schwab. Wie allgemein bekannt ist, sind wie sich aus der letzten großen Debatte der Schwurgerichtshandlung gegen die Räuber Kallus und Watzler ergab...

tisch in Schwab unweit von Sinswald, die dort Einkerkerungen, aber ihre Bege nicht befehlen wollten. Nach Meldungen von der Landesgrenze haben die beiden Unbekannten den Schwab...

Auffindung von Geleiteten. In einer Kiesgrube im Langenbühler Forstrevier, Abteilung 46, in nächster Nähe der Staatsbahn Dresden-Radebeul, westlich Zausa, wurden beim Abtragen von Kies Teile eines menschlichen Skeletts angetroffen...

Die 8. Landestagung der Jura- und Jurisprudenz findet am 4. Juli, von 10 bis 1 Uhr statt. Am Vormittag werden Landhausstraße 7, Hof 11, zwei Vorträge gehalten...

Die bereits vor einiger Zeit angekündigte Erhöhung der Eintrittspreise für die Ausstellung der Menschenscheide und Volkshandheftung...

Die 15. d. M. hat der erste erfolgreiche Versuch der Erzeugung von Elektrizität durch die Verwertung von Kohlenwasserstoffen...

Aus Sachsen.

Zenerungszahlen des sächs. Arbeitsministeriums.

Table with 4 columns: Zenerungszahl gegenüber Vorperiode, Zenerungszahl gegenüber Januar 1923, Ertragszunahme (-) bzw. Abnahme (+) in Prozentsatz gegenüber, and a sub-table with 4 columns: Juni 1923, Juli 1923, August 1923, September 1923.

Ungezügelter Aufregung. Das Ostdeutsche Baugewerk hat einen öffentlichen Protest gegen die angebotene Ernennung des Gemeindevorstandes Weich zum...

Regierungsamtmann" erlassen. Es behauptet darin, daß Herr Weich eine Stelle, die ein vorgebildeter Beamter erst nach jahrelanger Dienstleistung als Entgeltung und dazu nur in großen Ausnahmefällen erreichen könne...

Spargelpreise. In letzter Zeit wird darüber gelaugt, daß die Konjunkturkrisis Kaufleute in die Spargel-Landwirtschaft gedrückt hätte...

Förderung des Pflanzenzüchtens durch die Schulen. Durch Verordnung des Ministeriums des Innern vom 23. Mai d. J. war eine Anzahl wachsender Pflanzen unter Schutz gestellt worden...

Die Arbeitstage der Metallindustrie. Die Kontrolle der Arbeitstage in der Metallindustrie in der Woche vom 27. Mai bis 2. Juni 1923 nach den Erhebungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes...

Volkswirtschaft und Handel.

Golddeckung und Marktwert. Je schlechter das Geld eines Landes wird, desto notwendiger werden die Börsenmärkte dieses Landes...

Die Golddeckung des deutschen Papiergeldes spielt für die Bewertung der deutschen Mark gegenüber dem Ausland eine große Rolle. Der Marktwert des deutschen Papiergeldes...

Neue Reichsbanknoten zu 10000 M. In den nächsten Tagen wird eine 111. Ausgabe der Reichsbanknoten zu 10000 M. in den Verkehr gebracht werden...

Zwischen zwei von Rheinwerft am Landeseisenbahn-Anschlußpunkt mit der Inbetriebnahme des Reichsbahndirektoriums X 10000 X stehen die Unternehmungen...

Im rechten oberen Felde befindet sich ein ägyptischer Männerkopf in olivgrüner Farbe, der sich stark vom dunklen Hintergrunde abhebt...

Die Arbeitstage der Metallindustrie. Die Kontrolle der Arbeitstage in der Metallindustrie in der Woche vom 27. Mai bis 2. Juni 1923 nach den Erhebungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes...

Die Arbeitstage der Metallindustrie. Die Kontrolle der Arbeitstage in der Metallindustrie in der Woche vom 27. Mai bis 2. Juni 1923 nach den Erhebungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes...

Zugang für Ob- und Gemüseverwertung im Haushalt.

(N.) Am 23., 24. und 25. Juli wird in der Höheren Staatslehranstalt für Gartenbau zu Pillnitz ein Lehrgang für Ob- und Gemüseverwertung im Haushalt veranstaltet...

Offene Stellen für Lehrer.

Sofort zu bef. Land. Lehrstelle in Johanna-Georgensdorf, Ostpr. B. Wohnung vord. Arbeitsschulmann erwünscht. Red. bis 2. Juli an den Bezirksschulrat für Schwabenberg...

50 Jahre im Dienst. Heute konnte der Inspektor und Stationsvorstand der Sächsisch-Böhmischen Dampfschiffahrt Aktien-Gesellschaft, Karl Zimmermann in Weissen, das Jubiläum 50-jähriger Amtstätigkeit feiern.

Der Elektrizitätsverband Gröden (Gemeindevorstand) bezieht die ortsanzeige und eine außerordentliche Beschlussversammlung auf den 4. Juli nachm. 1/2 bez. 1/3 Uhr nach Weissen (Kloster) ein.

Limbock. Die Firma Metz Wänischmann, Jüdelberg und Appeler-Anhalt, spezialisiert für Krone und Erwerbslose der Stadt Limbock 3 Mil. M. ferner der Gemeinde Oberrohra für den gleichen Zweck 1 1/2 Mil. M. und aberteilte dem Wohlstandesamt in Rühroth (S.-A.) den Betrag von 1 1/2 Mil. M. zur sofortigen Verteilung...

Die Stadtverordneten bewilligen als Ergänzungsbetrag zur 'Sächsischen Landesbahn' einen ersten Betrag von 100000 M. und haben Ermächtigung zur Durchführung der Erhöhung der Eisenbahn-Linien unter Führung Sozial-, Renten-, und Kleinrentner-Unterstützung nach den teils- und landesgesetzlichen Vorschriften.

Frankenberg. Die Stadtverordneten haben den Ausbau des Rentehauses zu Wohnungen beschlossen. Die Kosten hierfür sind auf 70 bis 80 Mill. M. veranschlagt worden.

Recht. Für die 'Sächsische Landesbahn' wurde hier eine Theatergemeinde gegründet. Schwabenberg. Auf eine Aufforderung der hiesigen Antikontingentskommission wegen Übernahme der Kosten für Beerdigungen und Beerdigung der Kosten im Umlageverfahren haben die weit- und meisten Gemeinden des Bezirkes ablehnend geantwortet.